

# ENERGIEWENDE IN STUTT GART

PODIUMSDISKUSSION MIT GEMEINDERÄTINNEN  
UND GEMEINDERATS-KANDIDATINNEN

MITTWOCH, 12.03.2014, 19.00 UHR

ALTE SCHEUER DEGERLOCH

AM AGNES-KNEHER-PLATZ, GROßE FALTERSTRASSE 6A, 70597 STUTT GART

- EINTRITT FREI -

## TeilnehmerInnen

<b>Peter Pätzold,</b>	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktionsvorsitzender
<b>Philipp Hill,</b>	CDU, Stadtrat, Sprecher im Sozialausschuss
<b>Martin Körner,</b>	SPD, Spitzenkandidat
<b>Rose von Stein,</b>	Freie Wähler, Gemeinderätin
<b>Bernd Klingler,</b>	FDP, Fraktionsvorsitzender
<b>Hannes Rockenbauch,</b>	Parteiloses Bündnis SÖS, Fraktionsvorsitzender
<b>Christoph Ozasek,</b>	DIE LINKE, Geschäftsführender Vorstand des Kreisverbands

## Moderation

**Hermann G. Abmayr,** Filmemacher, Journalist und Sachbuchautor

# Wie halten es die künftigen Gemeinderäte mit der Energiewende in Stuttgart?

## Stuttgart ist in der Energiepolitik weit abgeschlagen!

- Der Anteil Erneuerbarer Energien ist im Vergleich zu anderen Städten gering.
- Die Kraft-Wärme-Kopplung, die eine Schlüsselrolle in der Energiewende spielen wird, ist in Stuttgart nur in einer nachgeordneten Rolle.
- Das vom Gemeinderat beschlossene CO<sub>2</sub>-Minderungsziel von 30 % zwischen 1990 und 2005 wurde meilenweit verfehlt.
- Die klimarelevanten Emissionen in der Stadt werden nicht systematisch gemessen.
- Ein Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept, in dem konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende beschrieben sind, wurde in den letzten Haushaltsberatungen wieder nicht beschlossen.

## Stuttgart bewegt sich energiepolitisch nach wie vor im Blindflug

### Mit 100% kommunalen Stadtwerken könnte sich das ändern ...

Doch was macht der Gemeinderat ...

- Er entscheidet ohne Grundlage auf Empfehlung des Unterausschusses.
- Eine Debatte über die Energiepolitik der Stadt ist nicht erfolgt.
- Bei der wichtigen Netzbetreibergesellschaft wird der EnBW eine dreivierteil Mehrheit eingeräumt. Im Netzbetrieb verzichtet die Stadt damit freiwillig auf ihren kommunalen Einfluss und die damit verbundenen Erträge.
- Durch die Trennung der Netzgesellschaft in Eigentum und Betrieb werden unnötige Bürokratiekosten verursacht. Die Zeche zahlen die Stadt und die Bürger.
- Insgesamt fehlen der Stadt damit wesentliche Mittel, z.B. für einen besseren Nahverkehr.
- Beim Wasserbetrieb fordert die EnBW einen völlig überhöhten Preis. Anstatt einer politischen Auseinandersetzung mit den Eigentümern, der Grün-Roten Landesregierung und den Schwarzen Landräten der OEW, legt der Gemeinderat das Schicksal der Stadt in die Hände von Gerichten.

### ... hat der Gemeinderat Angst vor seiner eigenen Courage?

### Wie mutig sind unsere neuen und alten Gemeinderäte?